

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



News aus Washington
Mai 2004

**Schwarzeneggers Bilanz ist positiv – Kaliforniens Gouverneur
beeindruckt auch seine politischen Gegner**

Franz-Josef Reuter

**Neue Arbeitsmarktzahlen belegen erwartete Erholung
US-Arbeitsmarktbericht kündigt vom Ende der „Jobless Recovery“**

Franz-Josef Reuter/Christian Hilmes

**Eine gesplante Nation in „Rot“ und „Blau“
Sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl verfestigt sich mehr denn je
eine politische Lagerbildung in den Bundesstaaten**

Franz-Josef Reuter/Christian Hilmes

**Europäisch-amerikanische Zusammenarbeit für die
gemeinsame Sicherheit**

Memorandum der Deutsch-Amerikanischen Strategieguppe

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

- **Schwarzeneggers Bilanz ist positiv**
Kaliforniens Gouverneur beeindruckt auch seine politischen
Gegner

Die Halbjahresbilanz des kalifornischen Gouverneues Arnold Schwarzenegger fällt nach übereinstimmender Meinung vieler Analysten und selbst politischer Gegner überwiegend positiv aus. Als Arnold Schwarzenegger im Oktober vergangenen Jahres zum Gouverneur Kaliforniens gewählt wurde, ergoß sich die internationale Presse mit Hohn und Spott über den Import aus Österreich. Der Aufstieg des Bodybuilders an die Spitze des mächtigsten US-Bundesstaates erschien den Medien als Show-Einlage einer politischen Eintagsfliege. Gut sechs Monate danach zählt Schwarzenegger zu den respektiertesten und einflußreichsten Gouverneuren der USA – und das, obwohl er in Kalifornien auf die Zusammenarbeit mit dem demokratisch dominierten Senat und Repräsentantenhaus angewiesen ist.

Auch die amerikanischen Medien mußten Lehrgeld zahlen und zwei Dinge über Schwarzenegger revidieren: Erstens ist er offensichtlich sehr viel intelligenter und gerissener als er vermeintlich klingt; und zweitens ist der Gouverneur nicht nur mit einer Angehörigen des Kennedy-Clans verheiratet, sondern zieht auch regelmäßig das Expertennetzwerk des Kennedy-Clans zu Rate. Überdies, wer wußte schon bei Amtsantritt des Gouverneurs im In- und Ausland, daß dieser ein angeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften sein eigen nennen kann?

Geschickt setzt Schwarzenegger seine Trümpfe ein. Als der Gouverneur beispielsweise um den Erfolg seiner eben erst auf den Markt gebrachten Staatsanleihen fürchten mußte, streute er gezielt Äußerungen in die öffentliche Debatte, wonach er sich gerade eine „Reform des parlamentarischen Systems“ überlege. Konkret meinte er damit nichts anderes als die Rückkehr vom bezahlten Fulltime-Parlamentarismus hin zum Teilzeit-Parlament, so wie es in den meisten amerikanischen Bundesstaaten noch üblich ist. Die Drohung wirkte prompt, die Demokraten gaben ihren Widerstand gegen die Staatsanleihen zur Sanierung des kalifornischen Haushaltes kleinlaut auf.

Umweltpolitik als politische Vision

Von den Kennedys leiht sich Schwarzenegger aber nicht nur taktisches Kalkül sondern auch deren Hang zum politisch Visionären aus. „Was die Umweltpolitik angeht, will ich der beste Gouverneur werden, den Kalifornien jemals hatte“, soll Schwarzenegger zu Robert Kennedy junior gesagt haben, einem der einflußreichsten Umweltschützer der USA. Kennedy junior machte sich sogleich an die Arbeit und schrieb dem kalifornischen Gouverneur und Familienmitglied eine umweltpolitische Agenda auf den Leib, die auch die deutschen Günen beeindrucken mußte. Bis zum Jahr 2010, so die Vision, soll das gesamte Highway-Netz von Kalifornien mit Wasserstoff-Tankstellen ausgerüstet werden.

Damit soll dem kommerziellen Erfolg von Brennstoffzellen vollends der Weg bereitet werden. Schon im kommenden Jahr will der Gouverneur überdies ein neues Gesetz auf den Weg bringen, welches vorschreiben soll, die Hälfte der neu zu bauenden Häuser in Kalifornien mit Solarzellen auszustatten.

Mit diesen umweltpolitischen Maßnahmen hofft Schwarzenegger, daß das Silicon Valley, wie einst in der Chip-Industrie, nun auch in der Umwelttechnologie weltweit eine Führungsrolle einnehmen kann. Mit seinem klaren umweltpolitischen Kurs findet Schwarzenegger eine plausible Antwort auf die hohen Energie- und Rohstoffpreise, die sowohl dem Staat als auch dem einzelnen Bürger zu schaffen machen. Mit seinem umweltpolitischen Kurs begibt sich der kalifornische Gouverneur allerdings in Gegnerschaft zu US-Präsident Bush. Während sich die Bundesumweltbehörde EPA in Washington weigert, Kohlendioxid als Schadstoff zu deklarieren, unterstützt Schwarzenegger den sehr viel härteren Kurs der kalifornischen Umweltbehörde, der die Autohersteller dazu zwingt, schadstoffärmere Fahrzeuge zu entwickeln. Schwarzenegger möchte am liebsten auch jegliche weiteren Ölbohrungen vor der Küste Kaliforniens verbannen, während der Präsident, als Öl-Erbe groß geworden und von der mächtigen Enegriellooby unterstützt, für die Erschließung neuer Ölfelder wirbt.

Gefragt, ob Schwarzenegger nun Bush oder dessen demokratischen Herausforderer John Kerry für den besseren Präsidenten halte, entgegnet Schwarzenegger diplomatisch: „Das ist schwer zu sagen. Da ich Republikaner bin, werde ich selbstverständlich George W. Bush im Rennen um die Präsidentschaft unterstützen“. Privat ist Schwarzenegger seit mehr als zwanzig Jahren mit Kerry befreundet und hätte somit auch bei einem Wahlsieg des demokratischen Senators politisch einen Vorteil.

Egal wie die Präsidentschaftswahl am 2. November d.J. ausfallen wird, Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat zur Zeit einen hervorragenden politischen Lauf und wird so oder so zur Seite der Gewinner zählen können.

- **Neue Arbeitsmarktzahlen belegen erwartete Erholung**
US-Arbeitsmarktbericht kündigt vom Ende der „Jobless Recovery“

Anfang April veröffentlichte das amerikanische Bureau of Labor Statistics in seinem „Employment Report“ die neuesten Zahlen zum amerikanischen Arbeitsmarkt, wonach sich die Arbeitsplatzsituation in den USA im März diesen Jahres entscheidend verbessert hat. So wurden im Vergleich zum Vormonat 308.000 neu geschaffene Arbeitsplätze registriert; der stärkste monatliche Anstieg in den letzten vier Jahren. Diese überaus positive und weit über den Erwartungen liegende Zahl scheint den Trend eines soliden Wirtschaftswachstums in den USA zu bestätigen und erinnert an die besten Zeiten unter den Präsidenten Clinton und Reagan. Damit dürfte nicht nur die weit verbreitete Skepsis an der Nachhaltigkeit des Aufschwungs abflauen, sondern auch ein Teil der Kritik verstummen, wonach der Bush-Regierung bislang vorgeworfen wurde, das deutliche Wachstum der amerikanischen Wirtschaft nicht in entsprechend positive Impulse auf der Beschäftigungsebene umgewandelt zu haben.

Das Beschäftigungswachstum gründet sich insbesondere auf das weiterhin niedrige Zinsniveau in den USA, in dessen Folge sowohl die Industrieproduktion, als auch die Unternehmensgewinne zunahmen. Aber auch die letzten Steuersenkungen der Regierung dürften zu der positiven Entwicklung beigetragen haben. Die Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse erstreckt sich dabei auf weite Bereiche der Wirtschaft, doch wird die Entwicklung vor allem vom Dienstleistungssektor getragen, in dem nahezu 80 % der neuen Stellen geschaffen worden sind.

Trotz der erfreulichen Zahlen wollen die Analysten jedoch noch nicht voreilig vom Ende des „Aufschwungs ohne Arbeitsplätze“ sprechen. So ist die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum leicht von 5,6 % auf 5,7 % gestiegen. Dies aber in erster Linie deshalb, weil 200.000 Amerikaner neue Hoffnung schöpften und sich bei den Arbeitsämtern wieder um Jobs bewarben. Auch wenn die Zahl der Arbeitssuchenden deutlich unter dem Höhepunkt von 6,3 % im Juni 2003 und im historischen Vergleich immer noch auf einem äusserst niedrigen Niveau liegt, vermag dieser Umstand nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die von Unternehmensseite gemeldete Zahl von 133 Millionen Beschäftigten immer noch um gut 2 Millionen niedriger ausfällt als noch im Jahre 2001. Darüber hinaus schafft die amerikanische Wirtschaft nach wie vor keine dauerhaften Arbeitsplätze. Ein Großteil der neu gemeldeten Stellen besteht vielmehr aus zeitlich befristeten oder Teilzeitverträgen – ein Anzeichen dafür, dass viele Unternehmen noch nicht vollends auf den Aufschwung vertrauen. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass auch saisonale Effekte und nicht zuletzt der in Kalifornien zu Ende gegangene Streik im Lebensmittelhandel zu den positiven Zahlen beitragen.

Insofern fiel auch die Bewertung der jüngsten Statistik unterschiedlich aus. Während die Entwicklung vom Weißen Haus erwartungsgemäss positiv beurteilt und vor allem auf die Steuersenkungen der Regierung zurückgeführt wurde, will die Opposition erst die weitere Entwicklung abwarten. Im Lager des Präsidenten George W. Bush sieht man mit den neuen Zahlen die Position des Herausforderers John Kerry stark geschwächt, zumal dieser die Wirtschaftspolitik Bushs und insbesondere die Arbeitsmarktpolitik bislang zum zentralen Wahlkampfthema gemacht hatte.

Der designierte Präsidentschaftskandidat der Demokraten John Kerry betonte hingegen, dass es sich trotz aller guten Anzeichen um die schwächste Belebung des Arbeitsmarktes seit der grossen Depression handle. Diese könne im übrigen nicht über die anderen schwerwiegenden Probleme der amerikanischen Wirtschaft – wie insbesondere den allgemeinen Trend des Arbeitsplatzexports und die steigenden Treibstoffpreise – hinwegtäuschen. Viele Arbeitnehmerhaushalte seien deshalb von dieser nur schwachen Erholung auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor schmerzlich betroffen. Letzteres ließe sich auch an deren eigener Einschätzung ablesen. Die Mehrheit der US-Bürger glaubte noch im März, dass sich sowohl die allgemeine wirtschaftliche Situation, wie auch die persönliche Lage in den letzten Monaten verschlechtert habe.

Unabhängig von der politischen Debatte hält die US-Notenbank die Zinsen weiterhin bei niedrigen 1%, um so die Erholung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu beschleunigen. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von bereinigt 4,1 % im letzten Quartal 2003 sieht die US-amerikanische Wirtschaft damit im Jahr 2004 weiterhin einem soliden Wachstum entgegen, welches nunmehr auch von einer beginnenden Erholung am Arbeitsmarkt gestützt wird. Sollten sich diese positiven Impulse auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen und sich entgegen der derzeitigen Wahrnehmung auch in der subjektiven Sicht der Wähler manifestieren, wird dies unzweifelhaft Präsident Bush und seinen Aussichten auf eine Wiederwahl zugute kommen. Trotz latenter Irak-Krise steigen die Umfragewerte für den amtierenden US-Präsidenten und liegen nach neusetn Umfragen von Ende April bei 48 zu 43 Prozentpunkten gegenüber dem demokratischen Herausforderer Kerry.

- **Eine gespaltene Nation in „Rot“ und „Blau“**
Sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl verfestigt sich mehr
denn je eine politische Lagerbildung in den Bundesstaaten

Mehr noch als bei den vergangenen Wahlen zeichnet sich sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl ein Kopf-an-Kopf Rennen zwischen Präsident George W. Bush und seinem demokratischen Herausforderer John Kerry ab. Während diese Feststellung für sich genommen keine Überraschung mehr darstellt (vgl. die April-Ausgabe der „News aus Washington“ sowie die politische Berichterstattung „Der dritte Mann“), sind die Hintergründe dieser Entwicklung umso bemerkenswerter. Mit dem Phänomen der zunehmenden politischen und geographischen Spaltung der USA in zwei nahezu gleich starke Lager von Demokraten und Republikanern hat sich die Washington Post näher auseinander gesetzt.

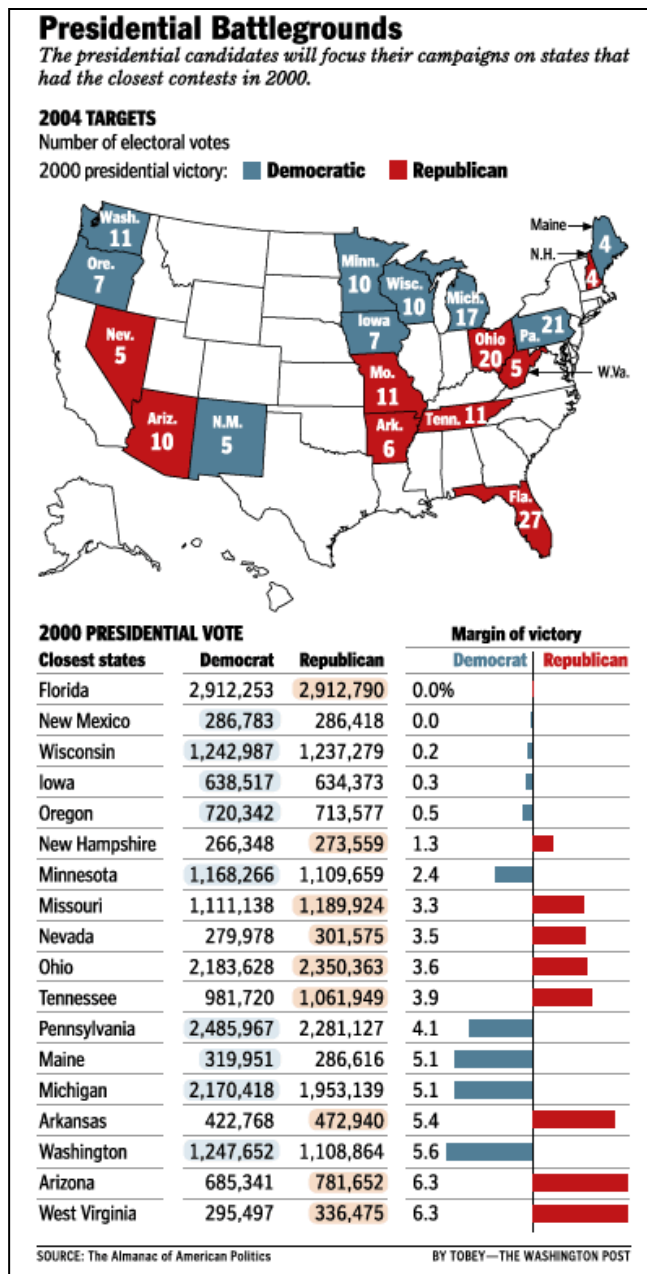
Zunehmende Festlegung der Wähler auf eine politische Linie

Sowohl der knappe Wahlausgang im Jahr 2000 und der von Republikanern und Demokraten annähernd paritätisch besetzte Senat, als auch die nur knappe republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus haben bereits gezeigt, wie eng die beiden großen politischen Lager beieinander liegen. Für sich betrachtet, konnte diese Konstellation noch als unglückliche Ausnahme von ansonsten klaren Mehrheitsverhältnissen angesehen werden. Allerdings hat sich die Lagerbildung zwischen überzeugten republikanischen und demokratischen Wählern in der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahren immer mehr verfestigt. Wahlforscher erkennen eine Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft zwischen mehr oder weniger extremen Positionen der politischen Rechten und Linken. Dieses ist sicherlich eine Erklärung dafür, dass sich in diesem Jahr weite Teile der Wähler nach eigener Aussage sehr früh politisch festlegen lassen: Einer jüngsten Umfrage des Pew Research Center zufolge haben sich bereits Ende April mehr als 70 % der Wähler endgültig und unumstößlich für eine Partei und damit für einen Präsidentschaftskandidaten entschieden.

Die politische Landkarte: Das „blaue“ und das „rote“ Amerika

Darüber hinaus ist jedoch beachtenswert, wie sehr sich dieser Trend in geographischer Hinsicht widerspiegelt. Mehr denn je lassen sich, anhand der politischen Präferenzen in den jeweiligen Bundesstaaten, republikanische und demokratische Hochburgen erkennen. Nimmt man zur Veranschaulichung dieser Mehrheitsverhältnisse in den betreffenden Bundesstaaten die politischen Farben zu Hilfe – Rot für die Republikaner, Blau für die Demokraten –, so wird an der politischen Karte Amerikas deutlich, was Politologen und Wahlforscher als „Red and Blue America“ bezeichnen: Die scharfe Trennung zwischen demokratisch bzw. republikanisch dominierten Regionen innerhalb der USA. Angesichts dieser zunehmenden Zementierung der politischen Lager scheinen die Zeiten klarer Mehrheitsverhältnisse bis auf Weiteres vorüber zu sein. Mehr noch als im Jahre

2000 halten Analysten deshalb auch 2004 einen äußerst knappen Wahlausgang für wahrscheinlich.



Fraglich bleibt, wie sich eine derart eindeutige geographische Aufteilung in ein „rotes und blaues Amerika“, also in republikanische und demokratische Hochburgen, entwickeln konnte und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Politische Überzeugungen und Parteilinien verlaufen parallel

Grundsätzlich sind gegenläufige politische Strömungen kein neues Phänomen in der amerikanischen Geschichte. Vielmehr lassen sich die bis heute bestehenden ideologischen Gegensätze bis weit in die amerikanische Geschichte zurückverfolgen. Dies gilt sowohl für den Kampf der Nordstaaten gegen den Süden, die Gegensätze von Land- und Stadtbevölkerung, als auch für gegenläufige Arbeiter- und Unternehmerinteressen. Neu ist hingegen, dass nunmehr erstmals die politischen Grundüberzeugungen parallel zu den parteipolitischen Linien verlaufen. Waren bis in die späten 80er Jahre noch politische Unterströmungen wie insbesondere die der liberalen Republikaner oder umgekehrt die

der konservativen Demokraten wichtige und entscheidende Faktoren in der amerikanischen Politik, so besteht heute für derartige Kompromisslinien kaum noch Raum. Vielmehr vergrößert sich die Kluft zwischen beiden politischen Lagern. John Kenneth White, Autor des Buches „The Values Divide“, spricht dementsprechend davon, dass die „Roten roter“ und die „Blauen blauer“ werden. Tatsächlich versuchen die beiden politischen Lager, sich durch die Rückbesinnung auf ihre traditionellen politischen Themen und die Unterstreichung extremer Positionen voneinander abzugrenzen.

In diesem Umfeld spielt ein weiterer Aspekt eine entscheidende Rolle: In der heutigen mobilen amerikanischen Gesellschaft wandelt sich das persönliche Umfeld der Wähler erheblich. Die Bürger entscheiden sich zunehmend, in einem Umfeld politisch Gleichgesinnter zu leben. Ehemals kulturell, ideologisch und politisch abwechslungsreiche und bunte Landstriche werden vermehrt zu typisch republikanisch oder demokratisch geprägten Bezirken. Vergleicht man die Zahlen von 1976 und 2000, so leben heute jeweils mehr als doppelt so viele Wähler in den Bezirken, die „ihr“ Kandidat vorher für sich entscheiden konnte. Die Anziehungskraft gleichgesinnter Nachbarn scheint damit größer zu sein als die eines politisch ausgeglichenen Wohnbezirks.

Die vereinfachende Darstellung eines in rot und blau gespaltenen Amerikas ist indes nicht ohne Kritik geblieben. Bemängelt wird vor allem, dass mit dieser Vereinfachung weder die Gruppe der Nichtwähler erfasst, noch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass nach wie vor Wähler unterschiedlicher Couleur in Staaten leben, die im Ergebnis mehrheitlich für die eine oder andere Partei gestimmt haben. Das Meinungsforschungsinstitut Gallup hat dementsprechend den „roten“ und „blauen“ die sog. „violetteren“ Staaten (Florida, Iowa, Minnesota, Missouri, Nevada, New Hampshire, New Mexico, Ohio, Oregon, Pennsylvania, Tennessee und Wisconsin) hinzugefügt. Staaten, in denen sich der Wahlausgang 2000 als äußerst knapp darstellte.

Dessen ungeachtet findet das Bild der zwei politischen Welten, deren Bewohner sich klar voneinander abgrenzen lassen, immer mehr Anhänger unter den Wahlforschern, was vor allem an der Tatsache liegt, dass die Unterteilung in republikanische und demokratische Staaten mit einem dort jeweils typischerweise vorherrschenden Wählerprofil einher geht. So war statistisch gesehen in den Bundesstaaten, die Bush im Jahre 2000 für sich entscheiden konnte, der durchschnittliche Wähler gehobenen Alters, überwiegend verheiratet und ein regelmäßiger protestantischer Kirchgänger, während in den demokratisch dominierten Staaten, wie insbesondere an der „kosmopolitisch“ geprägten Nordostküste die Mehrzahl der Wähler weiblich, hoch gebildet und/oder Gewerkschaftsmitglieder waren.

Auswirkungen auf den Wahlkampf

Dieses gewandelte Klima macht sich dann auch deutlich in der Ausrichtung des Präsidentschaftswahlkampfes bemerkbar. Da ein Erdrutschsieg wie der von Ronald Reagan vor 20 Jahren, als er bei seiner Wiederwahl 49 Staaten für sich entscheiden konnte, für keinen der Kandidaten im Bereich des Möglichen liegt, konzentrieren sich die Anstrengungen der Parteien auf die wenigen voraussichtlich hart umkämpften Bundesstaaten. Um möglichst viele ihrer Stammwähler zu mobilisieren, rücken die Parteien zudem die traditionell heiß umstrittenen Themen in den Blickpunkt. Dies gilt insbesondere für die klassischen innenpolitischen Kriegsschauplätze der Steuer- und Wirtschaftspolitik, der Abtreibungsdebatte, der Gleichstellung homosexueller

Paare, auf denen sich Demokraten und Republikaner mit stereotypen Vorwürfen attackieren. Aber auch in der Außenpolitik trifft der unilaterale Politikstil der Bush-Regierung auf einen eher multilateral geprägten Ansatz der Demokraten. Mit dieser thematischen Zuspitzung vergrößert sich allerdings das Dilemma der noch unentschlossenen Wähler bzw. derer, die sich in der politischen Mitte angesiedelt sehen. Diese sehen sich angesichts scheinbar unversöhnlicher Positionen der großen Parteien mehr denn je vor eine Entweder-Oder Entscheidung gestellt, die für moderate, vermittelnde Ansätze kaum noch Raum bietet. Hier steht zu befürchten, dass viele dieser Wähler in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den etablierten Parteien noch bestärkt werden und das Nichtwählerpotential anwächst.

Bush und Kerry als Gallionsfiguren der politischen Strömungen

Die Kandidaten Bush und Kerry verkörpern diese neue Spaltung nahezu perfekt und sind für ihre Parteien insofern die geeigneten Protagonisten: Beide wuchsen in der amerikanischen Oberschicht auf und schlossen als Sprösslinge der politischen Elite – Bush aus traditionell republikanischem Umfeld, Kerry aus demokratischer Familie – ihre Ausbildung mit einem Studium in Yale ab. Erst danach trennten sich ihre Wege. Während Bush Neuengland verließ, um in Texas in die Mineralölindustrie einzusteigen, verschrieb sich Kerry nach seiner Zeit in Vietnam der Friedensbewegung an der amerikanischen Ostküste. Während Bush sich also für ein klassisch republikanisches Umfeld entschied, erlebte Kerry in Boston die eher multikulturell-intellektuelle, liberale und damit „demokratische Seite“ der USA.

All diese Faktoren zusammen machen die diesjährige Präsidentenwahl, mehr noch als im Jahre 2000, zu einem Lagerwahlkampf, an dessen Ende nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen wieder eine knappe Entscheidung stehen dürfte. Nach Aussage des Wahlforschers Ben Wattenberg ist nach wie vor entscheidend, inwieweit sich die Wähler mit den Kandidaten identifizieren können. Nach der Reagan-Ära, die insbesondere auch die ideologische Grundüberzeugungen der Wähler wieder in den Mittelpunkt gerückt hatte, nach dem Wegfall des alle Parteien in ihrem Feindbild einigenden Kommunismus und nach Clinton als Leitbild einer neuen Generation ist diese Identifizierung jedoch mehr denn je mit der geographischen und politischen Vorprägung der Wähler verknüpft. Der neuen Medienvielfalt und damit die Möglichkeit, sich als Wähler zielgerichtet und anlaog der eigenen Überzeugung zu informieren, kommt dabei ebenfalls eine bedeutende Rolle zu.

- **Europäisch-amerikanische Zusammenarbeit für die gemeinsame Sicherheit**
Memorandum der Deutsch-Amerikanischen Strategiegruppe

Unter Leitung von NATO-General *a.D.* Klaus Naumann reiste eine Delegation hochrangiger deutscher Außen- und Sicherheitspolitiker der CDU/CSU-Fraktion (MdB Schockenhoff, MdB Polenz, MdB Hedrich und MdB zu Guttenberg) im Deutschen Bundestag und der EVP-Fraktion (MdEP von Wogau) im Europaparlament vom 20.-22. April nach Washington und entwarf in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen US-Sicherheitsberater Dr. Zbigniew Brzezinski und weiteren amerikanischen Experten im Rahmen einer Fachtagung ein gemeinsames Strategiepapier zur Zukunft der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit im "Greater Middle East". Neben den Arbeitssitzungen der Strategiegruppe trafen die deutschen Experten zu Gesprächen und Konsultationen mit Vertretern der Administration und Mitgliedern des US-Kongresses, u.a. mit den Senatoren Jon Kyl und Gordon Smith, zusammen.

Als Ergebnis der Fachtagung verabschiedete die deutsch-amerikanische Strategiegruppe ein Memorandum zur amerikanisch-europäischen Kooperation fuer eine gemeinsame Sicherheitspolitik.

Weder Amerika noch Europa vermag die Lasten allein zu tragen, die mit der Wahrung von Frieden, Stabilität und Wohlstand für unsere Nationen verbunden sind. Um diese Ziele zu erreichen gibt es keinen besseren Weg, als den Erhalt der transatlantischen Bindungen. Sie haben es schließlich dem Westen ermöglicht, sich im Kalten Krieg zu behaupten. Allerdings hat die NATO als Eckstein der transatlantischen Beziehungen heftigen Schaden genommen. Mehr noch, die amerikanisch-europäischen Beziehungen sind insgesamt in Gefahr. Die Auseinandersetzungen reichen weit über den Streit um die Irak-Frage hinaus und betreffen mittlerweile Tragpfeiler des transatlantischen Verhältnisses. Ganz erhebliche Reparaturanstrengungen sind erforderlich.

Diese unersetzliche Allianz wieder herzustellen macht drei wesentliche Schritte erforderlich, um die NATO auf die neuen Anforderungen nach dem "11. September" einzustellen und um die vitale europäisch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft wieder zu ermöglichen.

1. Anpassung des Strategischen Konzeptes der NATO an das Sicherheitskonzept der Europäischen Union an die amerikanische Nationalen Sicherheitsstrategie

Drei Anforderungen müssen erfüllt werden:

- Der Schutz von Menschenleben im Inland wie im Ausland.
- Die Verhinderung von "Failing States", der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Ausbreitung des Terrorismus.
- Die Verantwortung für die Stabilisierung des Raumes jenseits der NATO-Grenzen.

Um all dies zu erreichen, muss die NATO ihr Instrumentarium weit über den militärischen Bereich hinaus erweitern und ihre politischen Prozesse und Verfahren an ihre militärische Leistungsfähigkeit angleichen. Darüber hinaus müssen alle NATO-Mitgliedstaaten ihre Streitkräfte modernisieren und auf ein neues und ausgeweitetes Spektrum von Aufgaben vorbereiten.

2. Entwicklung einer strategische Konzeption für die Stabilität im erweiterten Mittleren Osten (Greater Middle East)

Zunächst muss ein derartiges Konzept in enger Abstimmung mit moderaten Kräften in der Region erarbeitet werden. Darüber hinaus wird ein Konzept nur dann Zustimmung im Nahen und Mittleren Osten finden, wenn es auch einen glaubwürdigen Beitrag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes leistet. Wesentliche Elemente sollten sein:

- **Konfliktprävention durch Kooperation und Dialog.** Das Ziel dieser vorbeugenden Komponente ist, durch eine Kombination von Dialog und Hilfe die Proliferation zu beenden und Konfliktursachen zu beseitigen. Das erfordert die Bereitstellung von mehr Mitteln – finanzielle Mittel wie auch neuer konzeptioneller Ansätze – um die Reformprozesse in der Region zu fördern. Es müssen Sachverstand, Ideen und politische Schritte entwickelt werden, mit denen Modernisierungs- und Reformprozesse im "Greater Middle East" vorangetrieben werden. Dies kann auch NATO-Sicherheitsgarantien für die Länder erforderlich machen, die auf eigene Massenvernichtungswaffen verzichten. Wir glauben außerdem, dass die USA und Europa zusammen mit Israel und Palästina zur Beendigung des Konfliktes auf eine Zwei-Staaten-Lösung hinarbeiten müssen.

- **Begleitende Stabilisierungsbemühungen.** Ein gemeinsames Vorgehen von NATO und EU in Europa und im "Greater Middle East" ist unabdingbar. Eine NATO-Rolle für Afghanistan, Irak und möglicherweise anderswo in der Region ist vorstellbar und machbar.
- **Militärische Interventionsfähigkeit.** Die NATO muss die politische Entschlossenheit und die militärische Fähigkeit besitzen, um auch auf die Option einer proaktiven Intervention außerhalb des NATO-Gebietes zurückgreifen zu können. Damit vermindert sie die Risiken für die euro-atlantische Region und tritt der Proliferation entgegen. Deshalb muss die NATO in der Lage sein, falls alle anderen Optionen scheitern, entschlossen zu handeln – auch um das Konzept der Abschreckung zu untermauern.

3. Die Rolle der NATO im Irak

Werden diese Prinzipien auf den erweiterten Mittleren Osten angewandt, so wird damit die sich abzeichnende Rolle der NATO im Irak in einen größeren Rahmen gestellt – dies erleichtert wiederum die Zustimmung zu einer solchen NATO-Rolle. Die Logik eines multinationalen Engagements in der Region ist zwingend: ein Scheitern im Irak würde nicht nur die USA betreffen. Ein Zerschlagen der "Coalition of the Willing" und ein Abzug der amerikanischen Soldaten aus dem Irak würde ein Machtvakuum erzeugen, das unter Umständen ein noch größeres Chaos in der Region zur Folge hätte. Dies würde die Sicherheit der europäischen Verbündeten ebenso nachhaltig beeinträchtigen wie auch die der USA.

Eine Einigung auf eine Rolle der NATO im Irak setzt voraus:

- die Bitte um eine stabilisierende "Peacekeeping"-Streitmacht, die von der ab dem 1. Juli verantwortlichen Übergangsregierung des Irak an die UN herangetragen wird;
- eine Bitte der UN an die NATO, eine solche Verantwortung zu übernehmen sowie eine entsprechende Resolution des UN-Sicherheitsrates;
- eine Entscheidung der NATO, diesem Anliegen der UN zu entsprechen.

Klaus **Naumann**, General a. D.,
ehemaliger Chairman NATO Military
Committee

Klaus-Dieter **Frankenberger**, Frankfurter
Allgemeine Zeitung

Karl Theodor zu **Guttenberg**, MdB

Michael **Haltzel**, Senate Foreign
Relations Committee

Klaus-Jürgen **Hedrich**, MdB

Jacob **Heilbrunn**, Los Angeles Times

John **Hulsman**, The Heritage Foundation

Karl-Heinz **Kamp**, Konrad Adenauer
Stiftung

James **Kitfield**, National Journal

Charles **Kupchan**, Council on Foreign
Relations

Flynt **Leverett**, The Brookings Institution

Ruprecht **Polenz**, MdB

Franz-Josef **Reuter**, Konrad Adenauer
Stiftung

Andreas **Schockenhoff**, MdB

Julianne **Smith**, Center for Strategic and
International Studies

Helmut **Sonnenfeldt**, The Brookings
Institution

Karl von **Wogau**, MdEP

Die Unterzeichner geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.